

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

18.6.1932 (No. 140)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erweitert
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Berufsprüfer
Nr. 953
und 954
Boisheffent
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspennig. Samstags 15 Reichspennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rücksendungen tarifierter Kabots, der als Rückkabots gilt und verworfen werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Kabot fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Offizianten und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die allgemeine Aussprache in Lausanne

„Times“ zur Rede des Reichskanzlers
LONDON, 18. Juni. (Tel.) „Times“ befaßt sich in einem Leitartikel mit dem „Deutschland von heute“. Das Blatt widmet zunächst Worte der Anerkennung dem deutschen Reichskanzler, der die Befürchtungen zerstreut habe, die man in weiten Kreisen über die Wirkungen des Regierungswechsels auf die außenpolitischen Beziehungen hegte. Seine Rede in Lausanne habe die deutsche Sache kraftvoll und überzeugend vertreten, aber doch mit einer Mäßigung, die einen höchst günstigen Eindruck gemacht habe, nicht zum mindesten auf die französische Delegation. Nach diesem Anfang zu urteilen, bestche kein Grund, zu befürchten, daß die neue Regierung weniger bereit sein wird, als das Kabinett Brüning, mit anderen Mächten zusammenzuarbeiten. Ihre Macht, wieviel auch zusammenzuarbeiten, werde von ihrer Fähigkeit abhängen, die Kontrolle über die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Neben Herriots, Chamberlains und Mosconis

In der vertraulichen Lausanner Konferenz ergriff am Freitag nach dem Reichskanzler der französische Ministerpräsident Herriot das Wort.
Er habe dem deutschen Volk selbst zu verstehen zu geben, daß er für das allgemeine Wohl und für den gemeinsamen Frieden arbeite. Der Basler Bericht sei die Grundlage und die Richtschnur der Konferenzarbeiten. Wir nehmen also vorbehaltlos seine ersten Schlussfolgerungen an, wonach die gegenwärtige Wirtschaftskrise in ihrem Umfange jene verhältnismäßig kurze Depressionsperiode überdauere, mit der der Youngplan gerechnet hat. Wir nehmen auch die Feststellung an, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands in erheblichem Maße der Grund der Kreditersparnis sind, die in der Welt herrscht, und daß sie eine gemeinsame Aktion nötig macht, die nur die Regierungen unternehmen können.
Herriot meinte aber, daß nach den Gesetzen der Geschichte jede Depressionsperiode von einer Mißperiode abgelöst werde. Man könne also nicht einer Dauerregelung eine Periode ausnahmsweiser Blüte oder ausnahmsweiser Depressions zugrunde legen. Die Anwendung des Hoover-Moratoriums für ein einziges Jahr habe dem französischen Budget ein Defizit von ungefähr 1800 Millionen Franken gebracht. Die Belastung der deutschen Eisenbahnen sei mit 660 Millionen Reichsmark nicht übertrieben. Wenn die Reparationslasten in Zukunft wegfielen, würde das den deutschen Eisenbahnen wesentliche Tarifermäßigungen gestatten, die den Verkaufspreis für gewisse Schwermetalle um 15 bis 25 Prozent billiger würden. Das Problem der Reparationen würde für zahlreiche Länder Konsequenzen nach sich ziehen. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß eine noch so radikale Befreiung der Reparationen die Wiederherstellung des Gleichgewichts zur Folge hätte. Dazu bedürfe es einer Verbesserung der Sicherheit. „Es gibt“ — so legte Herriot weiter dar — „keinen politischen Frieden, ohne einen wirtschaftlichen, aber auch keinen wirtschaftlichen ohne einen politischen.“ Aus diesen Gründen müsse das System der abgeschlossenen Wirtschaftskrisen geändert werden; denn eine Abschwächung der Beschränkungen erreiche viel früher das gesteckte Ziel, als Gewaltmaßnahmen.

Der britische Schatzkanzler, Neville Chamberlain, erklärte, es sei kein leichtes Unterfangen, den Anspruch für die großen Summen aufzugeben, die England zustehe. Er unterstreiche aber nachdrücklich die Notwendigkeit, zu schnellen Entscheidungen zu gelangen. Die britische Regierung könne sich nicht zufrieden geben, bevor nicht ohne überflüssige Auseinandersetzungen wenigstens die Grundlagen einer dauernden Regelung gelegt worden sind.

Der italienische Finanzminister Mosconi verwies auf die Bedeutung der gemeinsamen Erklärung der fünf Gläubigermächte, die Deutschland von allen Zahlungen in der nächsten Zukunft befreie und die Atmosphäre für die Verhandlungen erheblich entspanne. Seine Ausführungen gipfelten in der Proklamierung einer Lösung, die im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftslage gesucht und ihre Verringerung vorbereiten und beschleunigen müsse. Sie müsse allen Völkern nutzen und nicht die einen auf Kosten der anderen begünstigen. Es muß jetzt gehandelt werden in Übereinstimmung damit, um das, was so oft proklamiert wurde, in die Wirklichkeit umzusetzen.

In der Nachmittags-Sitzung legten nicht weniger als sieben Redner den Standpunkt ihrer Regierungen dar.
Die Konferenz wurde auf Dienstagvormittag vertagt. Am Montag findet eine Sitzung der sechs einladenden Mächte statt, während der heutige Tag Einzelgesprächen gewidmet ist.

Herriot über die Fünf-Mächte-Erklärung

PARIS, 18. Juni. (Tel.) In einer dem „Matin“ übergebenen Erklärung äußert Ministerpräsident Herriot: Die gestrige Erklärung der Mächte regle die Gegenwart und lasse die Zukunft offen. Seine, Herriots, Beziehungen zu seinen Kollegen, nicht nur zu seinem alten Freunde Macdonald und beiseitweise zu Reichskanzler v. Papen, seien ausgezeichnet. Man habe sehr ersprießlich mit England zusammengearbeitet.
In einem anderen Interview erklärte er u. a., er sei mit den ersten Ergebnissen der Lausanner Konferenz zufrieden. Es sei schon ein sehr beachtlicher Vorteil, daß man überhaupt so weit gekommen sei. Die Erklärung der sechs Mächte mache die europäische Regelung von einer späteren Regelung mit den Vereinigten Staaten abhängig.

Letzte Nachrichten

Reich und Länder

Der Reichsinnenminister beruft eine Länderkonferenz ein
BERLIN, 18. Juni. (Tel.) Der Reichsinnenminister hat heute die Innenminister der Länder zu einer Besprechung über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. Juni, eingeladen.

Um die preussische Sparnotverordnung

Urteil durch den Staatsgerichtshof am Montag
KÖLN, 18. Juni. (Tel.) In der Verfassungsstreitfrage wegen der preussischen Sparnotverordnung vom 12. Sept. 1931 vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich formulierten die Vertreter der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags ihren Hauptantrag dahin, die ganze Verordnung für verfassungswidrig zu erklären. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wird hilfsweise beantragt, fünf verschiedene Teile der Notverordnung, darunter namentlich die Bestimmungen über die Emeritierung der Hochschullehrer und die Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten, für verfassungswidrig zu erklären.

Der Vertreter der preussischen Regierung beantragte Zurückweisung sämtlicher Anträge. Auf Befragen des Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß die Gehaltskürzungen bei den Kommunalbeamten durch die Sparverordnung der Gemeinden eine Jahresersparnis von 100 Millionen Reichsmark gebracht habe, während aus der Währungsänderung, von der etwa 250 Gemeinden betroffen werden, für diese die Ersparnisse auf etwa 30 Millionen Reichsmark zu beziffern seien.
Die Verkündung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist für Montag vormittag um 10½ Uhr in Aussicht genommen.

25 Jahre

Badische Landwirtschaftskammer

Heute, Samstag, den 18. Juni, begeht die Badische Landwirtschaftskammer ihr 25jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß dankt der Präsident Dr. Graf Douglas in einer Kundgebung, die im amtlichen Organ der Kammer „Der fortschrittliche Landwirt“ veröffentlicht wird, allen denen, die in den vergangenen 25 Jahren als Präsidenten, Vizepräsidenten, Mitglieder, Beamte und Angestellte dazu beigetragen haben, daß die Badische Landwirtschaftskammer so viel für die badische Landwirtschaft hat tun können. Insbesondere ruft er die Erinnerung an die am Leben gebliebenen Mitarbeiter nach. Es sind dies in erster Linie Prinz Alfred zu Löwenstein, Ökonometrie Sängler und Präsident Gehbard. Präsident Dr. Graf Douglas dankt allen für das Wohl der badischen Landwirtschaft arbeitenden Persönlichkeiten und schließt mit dem Wunsch, daß der Kammer auch in den kommenden Jahren eine segensreiche Tätigkeit beschieden sein möge.

Der Minister des Innern, Maier, hat an die Kammer folgenden Glückwunschschreiben gerichtet: „Am 18. Juni 1907 hat die erste konstituierende Vollversammlung der durch das Gesetz vom 28. September 1906 neu errichteten Badischen Landwirtschaftskammer stattgefunden. Damit war die Landwirtschaftskammer als die gezielte berufständische Vertretung der badischen Landwirtschaft endgültig ins Leben gerufen. Die Bad. Landwirtschaftskammer kann somit in diesen Tagen auf die Tätigkeit ihres ersten Vierzehnhundertjährigen zurückblicken. Ich bemerke diesen Anlaß gerne, um der von Ihnen geleiteten Körperschaft namens der Staatsregierung die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem 25jährigen Bestehen auszusprechen und Ihnen wie den übrigen Vorstandsmitgliedern, den Beamten und Angestellten der Landwirtschaftskammer für ihre treue Mitarbeit, welche sie im Laufe dieser Jahre im Dienste der badischen Landwirtschaft geleistet haben, meinen Dank auszusprechen. Ich verbinde damit den Wunsch, daß auch künftige gemeinsame Arbeit von Regierung und Landwirtschaftskammer der heimischen Landwirtschaft zum Segen reichen möge.“

Hollandfahrt des „Graf Zeppelin“

„Graf Zeppelin“ hat auf einer Fahrt nach Holland, heute, Samstagmorgen um 6.08 Uhr Köln, um 6.40 Uhr Essen passiert. Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat heute morgen seine erste Landung auf holländischem Boden auf dem unweit der deutschen Grenze liegenden neuen Flughafen Twente vorgenommen. Der Anflug wohnte u. a. auch der deutsche Gesandte im Haag, Graf Joch, bei. Um 8.15 Uhr begab sich die ungefähr 25 Teilnehmer an der Rundfahrt Twente-Norddeutschland-Zuidersee-Notterdam an Bord. Unter ihnen befanden sich auch Prinzgemahl Heinrich, der Minister für die Landesverleibung, Deders, und der Minister für öffentliche Arbeiten, Reumer. Umgekehrt der Menge des Luftschiffes unter begeisterten Zurufen um 10 Uhr verließ das Luftschiff den Flughafen Twente gegen 10 Uhr und wird das Luftschiff auf dem Noterdamer Flughafen erwartet. Heute vormittag wurden auch Bremen und Hamburg besucht.

Rundfunk für die politischen Parteien. Die Reichsregierung hat beschlossen, für die Reichstagswahl den Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, den Rundfunk unter gewissen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

* Zur politischen Lage

Deutschland und die Lausanner Konferenz

Wahrscheinlich ist es ein besonderer Trick der französischen Politik, bei allen großen Konferenzen, die für die französischen Hegemoniebestrebungen gefährlich werden könnten, dafür zu sorgen, daß ein Engländer Präsident dieser Konferenz wird. So wurde der frühere britische Außenminister Henderson zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz gewählt — und damit sozusagen kaltgestellt. Und so ist jetzt auf Herriots Vorschlag der britische Premierminister Macdonald zum Präsidenten der Konferenz in Lausanne gewählt und damit ebenso kaltgestellt worden.

Der Präsident einer solchen Konferenz trägt all den Ruhm und all das Ansehen mit nach Hause, das mit einem so überragenden Posten verknüpft ist. Und das englische Volk, das in den letzten anderthalb Jahrzehnten so manches mit ansehen mußte, was den Glauben an die britische Allmacht schwer beeinträchtigte, wird nach einem sehr richtigen Pariser Kalkül die Übertragung so hohen Repräsentationsämter auf einen englischen Minister besonders angenehm empfinden. Aber kaltgestellt ist der betreffende Herr deshalb doch.

Denn man erwartet von einem solchen Präsidenten, daß er unparteiisch und vermittelnd seines Amtes walte und sich von Einseitigkeiten fernhält. Im vorliegenden Falle ist also Macdonald dadurch, daß er das Amt des Präsidenten der Lausanner Konferenz übernahm, von vornherein verpflichtet, ausgleichend zu wirken in einer Frage, deren Verantwortung so klar gegeben ist, daß eigentlich Kompromisse und ausgleichende Manöver sich ganz von selbst verbieten. Deutschland kann weitere Reparationszahlungen nicht leisten, und die Weltwirtschaft erträgt auch ihrerseits die durch das System der Reparationszahlungen geschaffene Verwirrung nicht länger. Dieses System muß also unverzüglich und ohne Aufschub beseitigt werden, wenn nicht die allgemeine Weltwirtschaftskatastrophe hereinbrechen soll. Sehr richtig hat Macdonald am Donnerstag in seiner Eröffnungsrede gesagt, daß feierlich eingegangene Verpflichtungen nicht einfach durch einseitige Verleugnungen annulliert werden können, aber er hat sogleich hinzugefügt, daß dieser Erkenntnis die andere gegenüberstehe, daß man Verpflichtungen, die sich als unerfüllbar erweisen hätten, durch Übereinkunft zu revidieren habe!

Es ist erfreulich, daß der britische Ministerpräsident diese seine Auffassung so offen zum Ausdruck gebracht hat. Sie deckt sich vollkommen mit der deutschen Auffassung, und sie ist anwendbar auf alle Probleme, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrags ergeben, deren Unsinntigkeit heute bereits bis zum Überdruß bewiesen ist. Und gerade deshalb wird sich Deutschland gegen den Versuch Herriots wehren, die Streichung der Reparationen zu einer Art Ruhehandelsobjekt zu machen, d. h. die Reparationen einzufrieren gegen eine Verpfändung der Reichsbahn oder ein Ost-Lozarno oder gegen ganz bestimmte Konzessionen auf dem Gebiete der Abrüstungsfrage. Herriot hat solche Forderungen bereits gestern angemeldet; und zwar hat er, was die Reichsbahn betrifft, deren Verpfändung verlangt als Sicherstellung für eine von Deutschland noch unter allen Umständen zu leistende Abschlagszahlung. Bezüglich der anderen Punkte (Ost-Lozarno und Abrüstung) hat er sich einstweilen mit mehr allgemeinen Wendungen begnügt, die aber den Kundigen nicht täuschen können. Selbstverständlich werden diese Forderungen von der deutschen Delegation aufs bestimmteste zurückgewiesen werden.

Reichskanzler v. Papen, der gestern auf der Konferenz das Wort vor Herriot ergriff, hat zunächst noch keine Gelegenheit gehabt, im kritischen Sinne auf derartige Dinge des Näheren einzugehen. Dafür hat er den deutschen Standpunkt mit aller Klarheit und Entschiedenheit dargelegt. Die deutsche Außenpolitik ist genau die gleiche wie zur Zeit Brüning's. In der Sache selbst würde jeder deutsche Reichskanzler und jeder deutsche Außenminister, der diese Amtsbezeichnung verdient, so gesprochen haben, wie es gestern Herr von Papen getan hat. An einzelnen Stellen fand der Reichskanzler eine besonders glückliche und wirksame Formulierung für das, was hier vom deutschen Standpunkt aus zu sagen war. Er befehligte sich jedoch bei alledem der größten Höflichkeit und Mäßigung. Seine Rede hat, wie die heute vorliegenden Auslandspressstimmen zeigen, einen sehr guten

Eindruck gemacht und von vornherein so manche Befürchtung zerstreut.

Sehr bedeutsam war es, daß in der gestrigen Sitzung die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans die gemeinsam unterzeichnete Erklärung abgaben, daß diese Regierungen für eine unverzügliche Lösung des Reparations- und Schuldenproblems im Rahmen eines Weltabkommens sind und im Hinblick auf den in einigen Tagen zu erwartenden Ablauf des Hoover-Moratoriums mitteilen, daß unbeschadet späterer Lösungen, die Reparations- oder Schuldzahlungen der an der Konferenz teilnehmenden Regierungen für die Dauer der Konferenz ausgesetzt werden sollen. Diese Erklärung hat schon deshalb besondere Beachtung zu beanspruchen, weil hier zum erstenmal die Schuldner Amerikas in gemeinsamer Front aufziehen und eine Willensmeinung von sich geben, die auf Amerikas Wünsche und etwaige Einwendungen zunächst keine Rücksicht nimmt. Das Fünf-Mächte-Abkommen ist aber auch deshalb besonders bedeutsam, weil es die Aussetzung aller Zahlungen proklamiert, also auch der Zahlungen, die Deutschland noch immer auf Grund des Hoover-Moratoriums zu leisten hatte.

Andererseits stellt das Abkommen ja nur ein Provisorium dar. Aufgabe der Lausanner Konferenz ist und bleibt es, baldigst die Endlösung herbeizuführen. Leicht wird sie nicht sein, da diese Endlösung ja auch das Problem des Wirtschaftsaufbaus mit einschließt. Nach alledem hat man jedenfalls mit einer recht langen Dauer der Konferenz zu rechnen.

Einmütiger Wille nach außen

Daß die deutsche Reichsregierung in diesen außenpolitischen Fragen die Willensmeinung des gesamten deutschen Volkes vertritt, das ist eine Tatsache, die hoffentlich von keinem Menschen im Ausland bezweifelt werden wird, das ist eine Tatsache, an der innerpolitische Konflikte, denen in einem Teil der ausländischen Presse eine gar zu große Beachtung geschenkt wird, nichts ändern können.

Erfreulich ist es natürlich nicht, daß der uns weniger wohlgesinnte Teil der ausländischen Presse überhaupt Veranlassung hat, sich mit innerdeutschen Konflikten zu beschäftigen. Denn diese Konflikte werden ja doch in einem für uns abträglichen Sinne erörtert, mit dem deutlichen Ziele, sie zu vergrößern und durch allerlei Quertreibereien die außenpolitische Einmütigkeit des deutschen Volkes zu unterwühlen. Im Interesse des Vaterlandes darf man also nur hoffen, daß auch diese Konflikte in Bälde begraben sein werden.

Jedenfalls wäre es sehr töricht, wenn irgendjemand dem Ausland glauben wollte, daß innerpolitische Streitigkeiten oder Fehlgriffe auf dem Gebiete der inneren Politik die außenpolitische Einheitsfront des deutschen Volkes auch nur ganz leise ins Wanken bringen könnten. In diesen Dingen ist das deutsche Volk ebenso einig, wie in seinem Treue-Bekenntnis zum Reich. Die unwandelbare und durch nichts zu erschütternde Treue zum Reich ist gerade in den letzten Tagen von allen Seiten mit dem größten Nachdruck betont worden.

Mit besonderer Entschiedenheit hat sich dieser Tage der Karlsruher „Volksfreund“ gegen den Vorwurf separatistischer Neigungen gewandt und dabei betont, daß „seit dem Zusammenbruch des alten Staates die deutsche Sozialdemokratie auch in den allerschwersten Stunden Beweis dafür geliefert habe, daß separatistische Lockungen und Versuche an der Reichstreue der sozialdemokratischen Arbeiterschaft elendiglich scheiterten. Und wo es dabei geglückt habe, das durch die Tat zu beweisen, hätten die sozialdemokratischen Führer völlig unzweifelhaft gezeigt, daß sie eines Herzens und eines Sinnes mit der Masse ihrer Anhänger seien, die entschlossen den Separatismus ablehnen.“

Es ist schon so: Es gibt keine „süddeutsche“ Volkstimmung, in der irgendwelche separatistischen Tendenzen zu finden wären, weder in Bayern noch in Württemberg noch in Baden! Und das Schicksal, das in den Jahren nach der Revolution solchen Volksgenossen zuteil wurde, die sich in ihrer Verblendung separatistisch betätigten, ist ja auch gewiß nicht geeignet, irgendwie aufmunternd im separatistischen Sinne zu wirken.

Die neuen Notverordnungen

Die vergangene Woche hat uns drei neue Notverordnungen gebracht, die beiden ersten, die vor allem Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung und weiterhin Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung enthalten, und die letzte Notverordnung, die unter Bearbeitung und Zusammenfassung der bisherigen einschlägigen Notverordnungen Maßnahmen gegen politische Ausschreitungen trifft.

Was die beiden ersten Notverordnungen betrifft, so haben sie kein gutes Echo in der Presse gehabt. Auch die Nationalsozialisten lehnen sie ab, „da sie eine neue, für das deutsche Volk unerträgliche Belastung darstellen, und in dieser ersten, praktischen Aktion des neuen Kabinetts keinerlei Anknüpfungspunkte für eine genügende und grundsätzliche Änderung der bisherigen Politik zu erkennen sei.“ Die Nationalsozialisten fordern von neuem „eine fundamentale und politische Neuordnung und Durchführung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms.“

Auf eine Bestimmung der Notverordnung ist gerade vom süddeutschen Standpunkt aus noch besonders einzugehen. Der badische Staatspräsident hat die diesbezüg-

lichen Bedenken bereits in der Ministerpräsidentenbesprechung in Berlin zum Ausdruck gebracht. Es handelt sich um die Aufhebung der bisherigen Freigrenze für die Umsatzsteuer von 5000 RM. Die Folge dieser Aufhebung wird sein, daß in Baden, wo die Kleinbetriebe überwiegen, jetzt mehr als 85 Proz. der landwirtschaftlichen Betriebe umsatzsteuerpflichtig werden. Die von der neuen Bestimmung Betroffenen befinden sich wirtschaftlich in so ungünstiger Lage, daß sie die Umsatzsteuer gar nicht werden entrichten können.

Aber auch die preussische Landwirtschaft wendet sich sehr scharf gegen diese Bestimmung der Notverordnung. Die „Deutsche Tageszeitung“, das führende agrarische Organ des Nordens, behandelt zwar die Notverordnungen des neuen Kabinetts im allgemeinen mit Mißbilligung und teilweise sogar nicht ohne Wohlwollen, zu dieser Bestimmung aber schreibt sie folgendes:

„Wie sind geradezu grenzenlos erstaunt, daß eine Regierung, die vorgibt, sich des Binnenmarktes und der Landwirtschaft besonders pfleglich anzunehmen, ausgerechnet neue Lasten auf die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, deren Umsatz sich im Rahmen der Freigrenze bewegt, und auf den gewerblichen Mittelstand wälzt. Sie wird damit bei diesem Teile der Bevölkerung weder Begeisterung noch Vertrauen, dafür aber ein ziemliches Maß von Enttäuschung auslösen. Außerdem ist es sehr fraglich, ob der gewünschte Zweck wirklich erreicht wird, da die Kosten für die technische Erweiterung der Umsatzsteuererhebung sicherlich einen erheblichen Teil des Gewinnes wieder ausgleichen, und die neue Steuerbelastung für manchen schwächeren Betrieb den letzten Stroh zum Sturz in den Abgrund bedeutet. Auch eine Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten dürfte bei der stark geschwächten Kaufkraft kaum möglich sein.“

Die Ministerpräsidentenbesprechung

Von der badischen Bevölkerung ist die Darlegung, die am Donnerstag Staatspräsident Dr. Schmitt in einer Pressekonferenz über die Ministerpräsidentenbesprechung in Berlin gegeben hat, sicherlich mit Dank begrüßt und mit großer Aufmerksamkeit gelesen worden. Auch sie betont in autoritativer Form, daß es lediglich pflichtgemäße Überlegungen überparteilicher Natur gewesen seien, welche die süddeutschen Ministerpräsidenten veranlaßten, die besondere Audienz beim Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers zu erbitten. Speziell der badische Staatspräsident hat die Gelegenheit dieser Besprechungen in Berlin ergriffen, um einmal sehr nachdrücklich im Zusammenhang all das vorzubringen, was uns hier im Süden am Herzen liegt. Die am Donnerstag von uns veröffentlichte Darlegung des Staatspräsidenten gibt Aufschluß darüber, auf welche einzelnen Punkte sich diese Bedenken und Beschwerden des Südens beziehen. Inzwischen hat der Badische Landtag seine Arbeiten beendet und sich nach Annahme des Finanzgesetzes bis zum Herbst vertagt.

Dr. Brüning wird Spitzenkandidat des Zentrums in den vier rheinischen Wahlkreisen.

Schiedspruch in der Rheinschiffahrt. Durch Schiedspruch wurden am Freitag in Köln ein Rahmevertrag für die Arbeiter über und unter Deck, ein Manteltarif für Kapitäne und Maschinisten und ein Lohnvertrag für Matrosen, Heizer und Schiffsjongen der Rheinschiffahrt festgesetzt. Die Löhne und Gehälter werden um 18 bis 21 Proz. gekürzt.

Einigung im Ruhrbergbau. In der Lohn- und Manteltarifstreitigkeit im Ruhrbergbau haben am Freitag im Reichsarbeitsministerium nochmals Verhandlungen mit den beiderseitigen Tarifvertragsparteien stattgefunden. Die von Reichsarbeitsminister Schäffer persönlich geleiteten Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Tarifvertragsparteien die am 30. Mai 1932 gefällten Schiedssprüche über den Manteltarifvertrag und Lohnvertrag nunmehr angenommen und damit zum Vertrag erhoben haben.

In Chile hat eine neue, von Davila geleitete Regierung die Macht übernommen mit dem Ziel, eine verfassungsgebende Versammlung zur Organisation der Republik auf sozialistischer Grundlage einzuberufen.

Zuviel Magensäure — unangenehme Geschichte, doch dem ist schnell abgeholfen, einfach ein Glas

Überkinger Adelheidquelle

trinken und Sie sind das Übel los. Sie bekommen sie überall. Den interessantesten Prospekt schicken Ihnen kostenlos die

Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkingen

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Schwere politische Zusammenstöße

Pfalz, Hessen, Rheinland, Hamburg

In Ludwigshafen kam es am Freitag zu starken Zusammenstößen von Kommunisten in der Bismardstraße und in der Friesenheimer Straße vor dem Lokal der Nationalsozialisten. Auch sonst kam es wiederholt zu Tumulten zwischen politischen Gegnern. Die allgemeine Ruhe konnte erst nach Mitternacht wiederhergestellt werden. Die Polizei mußte des öfteren auch vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Aus einzelnen Fenstern wurden die Beamten mit Blumentöpfen und Flaschen beworfen, wobei drei Beamte leicht verletzt wurden. Insgesamt wurden 25 Personen festgenommen.

In Geinsheim (Hessen) kam es am Freitagabend zu Zusammenstößen zwischen nationalsozialistisch gesinnten Einwohnern und Reichsbannerleuten, die zu einer sozialdemokratischen Wahlversammlung von auswärts gekommen waren; vier Personen wurden schwer verletzt.

In Wanne, Wattensteich, Herne und Essen kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

In Hamburg wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei, bei dem mehrere Schüsse fielen, zwei Polizeibeamte schwer verletzt, auch drei Zivilisten erlitten Verletzungen. Ein Polizeibeamter ist gestorben.

Die Uniform- und Demonstrationsverbote in den Ländern

Die Stellung der Reichsregierung

Zu der Handhabung des Uniform- und Demonstrationsverbotes in den einzelnen Ländern wird berichtet, daß sowohl in Bayern wie in Preußen das Demonstrationsverbot sich jetzt nur noch auf Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung stützt, so daß die Länder in ihren Entscheidungen in dieser Frage völlig eigenem Ermessen folgen können. Auch hinsichtlich des Uniformverbotes können die Länder jetzt nur aus eigenem Recht entscheiden. Über die Rechtslage, die durch das neue Uniformverbot in Baden entstanden ist, werden zur Zeit von der Reichsregierung Erhebungen angestellt, die noch nicht abgeschlossen sind.

Reichsinnenminister Fehr. von Wahl erklärte am Freitag im Rundfunk u. a. zu den Besorgnissen einiger Länderregierungen über die Aufhebung des Uniformverbots, daß die Reichsregierung nicht zögern werde, die gewährten Freiheiten wieder einzuschränken, wenn wider Erwarten Ruhe und Ordnung gestört würden. Zum Erlaß der Länderverbote erklärte der Minister, was in der Verordnung reichsrechtlich geregelt sei, sei zwingendes Recht und dreizeh Landesrecht. In die Pflichten und Rechte der Länder, durch polizeiliche Maßnahmen Störungen der Ruhe und Ordnung vorzubeugen, will und darf die Verordnung aber nicht eingreifen. Was die Länder zum Beispiel über Versammlungen unter freiem Himmel glauben anordnen zu müssen, bleibt ihr Recht. Solche Anordnungen kann der Reichsinnenminister nicht aufheben. Wer sich von ihnen beschwert fühlt, kann die nach Landesrecht gegebenen Rechtsmittel dagegen anwenden.

Die Berliner Rechtspreffe, der die ablehnende Haltung der Reichsregierung nicht paßt, polemisiert außerordentlich scharf gegen die süddeutschen Regierungen. Der „Tagenbergsche Tag“ nennt das Vorgehen der süddeutschen Länder „Zentrumserei gegen das Reich“. Die „Deutsche Zeitung“ nennt den Schritt der badischen Regierung eine bewußte und unerträgliche Bräufung des Reichsinnenministers. Die „Berliner Vorkriegszeitung“ erklärt, die Reichsregierung dürfe sich nicht damit begnügen, Ästen zu wälzen und juristische Untersuchungen anzustellen in einer Sachlage, in der ihre Autorität auf dem Spiele stehen könnte: Sie müsse mit den schärfsten Mitteln Resolute zur Ordnung zurückbringen. (1)

Protest der NSDAP. gegen Bayern und Baden

Die NSDAP. hat, wie sie mitteilt, an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister Telegramme geschickt, in denen sie scharfsten Protest gegen die Verjagung der bayerischen und der badischen Staatsregierung erhebt, im Verordnungswege die in der politischen Notverordnung vom 14. Juni erfolgte Aufhebung des Uniformverbots zu sabotieren.“ Die NSDAP. fordert die sofortige reichsaufsichtliche Aufhebung dieser neuerlichen, durch Bayern und Baden erlassenen Uniformverbote.

Der Landesverband Baden-Württemberg des Stahlhelm hat gleichfalls Protest eingelegt. Der Landesverband Bayern hat ein Telegramm an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister gerichtet, in dem er ein Vorgehen gegen die bayerische Staatsregierung erbittet.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat für den Überwachungsausschuß des Reichstags einen Antrag eingebracht, wonach die neue politische Notverordnung des Reichspräsidenten aufgehoben werden soll.

Das Reichsbanner

Die Bundesleitung des Reichsbanners hat die Neuauflistung der Schugformationen angeordnet. Bis zum 25. Juni müsse überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wiederhergestellt und jede Formation zur Übernahme neuer Aufgaben bereit sein.

Die Bundesführer des Reichsbanners haben in einer Interredung mit dem Reichsminister des Innern vorgeschlagen, die Notverordnung, soweit sie das Uniformverbot aufhebt, bis zum 31. Juli, dem Wahltag, wenigstens zu suspendieren. — Dieser Vorschlag wurde, wie die „Vollz.“ schreibt, gemacht, weil dadurch alle Verbände gleichmäßig betroffen werden und das Uniformverbot keineswegs als eine Ausnahme gegen die SA-Verbände angesehen werden kann.

Bei der Kundgebung der Eisernen Front in Darmstadt erklärte Staatspräsident Abelung, die Wiederzulassung der SA. habe weiteste Volkskreise stark beunruhigt. Man befürchte, daß die Verwilderung des politischen Lebens sich noch verschärfen werde. Die heftige Regierung werde aber mit allen Mitteln und ohne Rücksicht das Leben und die Gesundheit der Bürger zu schützen wissen. Die Eisernen Front sei fest entschlossen, sich keinem Terror zu beugen. Sie werde sich dabei streng im Rahmen der Gesetze halten und den republikanischen Staat mit allem Nachdruck schützen.

Das bayerische Uniformverbot

Das bayerische Uniformverbot, das sich auch auf das Tragen von parteipolitischen Abzeichen erstreckt, reicht bis 30. September (nicht Dezember). Der Rest der Landtagsfraktion am Freitag verlief ruhig, nachdem die nationalsozialistischen Abgeordneten durch Kriminalbeamte aus dem Saal geführt worden waren. Die nationalsozialistische Fraktion wurde auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen. Sie hat dagegen Klage beim Bayerischen Staatsgerichtshof eingebracht.

Ein Erlaß der bayerischen Regierung gibt den staatlichen Polizeibehörden das Recht, Anordnungen mit vorübergehender Geltung zu erlassen.

Württembergers Einstellung. Die vom Reich erlassene politische Notverordnung wird in Württemberg, wie aus Stuttgart berichtet wird ohne Einschränkung durchgeführt. Nur das im September 1931 vom württembergischen Innenministerium erlassene Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel bleibt bestehen.

Mecklenburg hebt das Versammlungsverbot auf. Wegen der neuen politischen Notverordnung des Reichspräsidenten hat sich das Innenministerium von Mecklenburg-Schwerin — wie es mitteilt — veranlaßt gesehen, das Verbot der politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel ab 17. Juni aufzuheben.

Aufhebung des braunschweigischen Versammlungsverbotes. Der braunschweigische Minister des Innern hat an die Kreisdirektionen die Anweisung erteilt, das im April dieses Jahres erlassene allgemeine Verbot der Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Demonstrationsverbot in Hamburg. Das für Hamburg erlassene Demonstrationsverbot bleibt unverändert bestehen.

Vor der Heffentwahl

Morgen, Sonntag

Der heffische Wähler wird am morgigen Sonntag den erst am 15. November 1931 gewählten, durch den Staatsgerichtshof aber für ungültig erklärten Landtag neu zu wählen haben. Im Wahlkampf, der in der Hauptsache nur eine Woche gedauert hat, spielten der Regierungswechsel und die Notverordnungen die Hauptrolle. Es sind diesmal nur neun Wahlvorschläge eingereicht gegen 13 bei der vorjährigen Landtagswahl.

Heffische Landvolkpartei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Staatspartei, Christlich-Soz. Volksdienst, Volksrechtspartei und Wirtschaftspartei haben sich zur „Nationalen Einheitsliste“ zusammengeschlossen. Diese Parteien hatten bei der letzten Wahl zusammen fünf Sitze erlangt. Dabei war allerdings die Wirtschaftspartei wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlags ausgefallen. Im allgemeinen nimmt man nicht an, daß der neue Landtag ein wesentlich anderes Gesicht bekommen wird, was nur denkbar wäre, wenn die Einheitsliste einen starken Erfolg erringen würde. Die Nationalsozialisten die bisher 27 von 70 Sitzen inne hatten, müßten einen Zuwachs von mehr als 100 000 Stimmen erhalten, um die absolute Mehrheit zu erlangen. Einen solchen Gewinn hält man aber für nicht wahrscheinlich und rechnet infolgedessen damit, daß auch im neuen Landtag die Regierungsbildung auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen wird, wie im alten.

Eine Rede Dr. Brüning's in Mainz

In einer Zentrumskundgebung in Mainz sprach am Freitagabend Reichkanzler a. D. Dr. Brüning, der u. a. ausführte: Wir werden dem deutschen Volke zeigen, welche Pflicht der Verantwortung es außerhalb der Regierung innerhalb einer Oppositionsstellung gibt. Wir werden ihm auch zeigen, wie es möglich ist, eine Regierungspolitik auch außerhalb der Regierung zu beeinflussen. Allerdings werden wir dem Ausland niemals sagen, diese Regierung, die in Kaufmann verhandelt, habe keine Mehrheit im deutschen Volke hinter sich, so wie man es mit gegnerischer in den schmerzlichen Augenblicken vaterländischer Geschichte getan hat. Alles kommt darauf an, daß unter allen Umständen ganze und schnelle Lösungen von den Staatsmännern der Welt gefunden werden. Ich kenne auch in meiner jetzigen Aufgabe und in meiner jetzigen Stellung nur eines, dem sich alles unterzuordnen hat, das ist das Vaterland. Ich kann allerdings der neuen Regierung nicht zugestehen, daß sie die Verantwortung zu übernehmen, wie sie es in dem Auftrag getan hat, der sich gegen die alte Regierung richtete und auf den die alte Regierung, wie ich glaube, in vornehmer Weise geantwortet hat.

Ich habe ein kaum zu bedenkendes Kassendefizit übernommen und in zweijähriger schwerer Krise dafür gesorgt, daß das Kassendefizit nicht gestiegen ist und daß keine neuen schwebenden Schulden gemacht worden sind. Ich habe alles daran gesetzt, um dem lebensfähigen überforderten produzierenden Großgrundbesitz im Osten aufzuhelfen, aber ich konnte es nicht vor dem übrigen Deutschland verantworten, den nicht lebensfähigen Großgrundbesitz von der Aufteilung für Siedlerzwecke auszunehmen. Das war kein „Siedlungsbohrerismus“, den wir damit gemacht haben. Es sieht fast so aus, als ob man nur den Beamten Abzüge über Abzüge zumutet, dem Mittelstand Steuern aufbürdet und nur einer ganz kleinen Schicht keine Opfer abverlangt. Wenn nun die neue Regierung kommt, und einen Teil des Gesamtplanes der alten Regierung in veränderter Form veröffentlicht, aber mit anderen Dingen, wie zum Beispiel mit dem freiwilligen Arbeitsdienst, Arbeitsbeschaffung und ähnlichem wartet, wenn wir nichts davon hören, was mit der Siedlung gemacht wird, dann darf es uns die Regierung nicht übel nehmen, wenn wir solches Stillwerk ablehnen.

Dr. Brüning wird, wie gemeldet wird, auf seiner Wahlreise durch Süddeutschland in Württemberg Stuttgart und Gmünd besuchen. In beiden Städten spricht er am 19. Juli. Für Baden ist Karlsruhe, für Bayern München als Vortragsort vorgesehen.

Sechs Jahre schwerer Kerker für Matuschka

Das Wiener Gericht verurteilte am Freitag den Eisenbahnattentäter wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu sechs Jahren schweren Kerkers. In der Begründung betonte der Vorsitzende, als erschwerender Umstand sei in Betracht gekommen: die Wiederholung der Anschläge und die Absicht des Täters auf die Herbeiführung einer Gefahr. In diesem Zusammenhang verweist der Vorsitzende auf das furchtbare Unglück in Via Torbagg. Als mildernde Umstände wurden das Geständnis des Angeklagten, der Umstand, daß beim ersten Attentat kein Anschlag geschah, die Unbescholtenheit des Angeklagten, seine physische Minderwertigkeit und seine Sorge um Frau und Kind.

Kleine Chronik

Der im Bombenlegungsprozess verurteilte Bauernführer Klaus Heim, ist aus der Strafanstalt Gelle entlassen worden.

Durch einen Erdbeben bei Zell in der Pfalz ist die gesamte Ortschaft einer größeren Gefahr ausgesetzt. Auch die Weinberge, auf denen der berühmte „Schwarze Herrgott“ wächst. Mehrere Morgen können überhaupt nicht mehr bebaut werden. Die bayerische Regierung ist um Hilfe angegangen worden.

Die Eheleute Freiherr von Schellersheim wurden wegen fortgesetzten und beschwerten Betrugs in Dortmund und außerdem die Ehefrau v. Schellersheim wegen wesentlich falscher eidesstattlicher Versicherungen zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich u. a. um die Schwindbelegen in Baden-Baden. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß in fast allen Fällen der Tatbestand des Kreditbetruges vorliegt. Die Angeklagten haben trotz der drückenden Notlage stets über ihre Verhältnisse gelebt und durch glanzvolles Auftreten ihre Gläubiger über ihre Vermögenslage getäuscht. Sie führten sich wie Vampire auf ihre Opfer und nahmen ihnen das Leben. Ihre Schulden betragen vor der Baden-Badener Zeit 30 000 RM und in den letzten 1 1/2 Jahren der Vorbestrafzeit weitere 32 000 RM.

Etwa 500 Erwerbslose plünderten in Hinderburg (Ober-Schlesien) einen Fleischladen und mehrere Fleischverkaufsstände auf dem Wochenmarkt. 14 Plünderer wurden festgenommen.

Der Riesendampfer „Leviathan“, früher „Vaterland“, ist auf der Höhe von Spithead auf eine Sandbank aufgelaufen. Er kam jedoch wieder flott.

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik trat in Rostock zusammen, wozu die leitenden Kommunalbeamten aus dem ganzen Reich erschienen. Ministerialdirektor Dr. v. Leyden aus dem preussischen Innenministerium beleuchtete besonders die durch die neue Notverordnung in den Gemeinden geschaffene Lage. Das Ergebnis dieser Notverordnung sei, wie der Redner ausführte, als eine annähernde Sänierung der Gemeindefinanzen anzusprechen.

Badischer Teil

Falsche Behauptungen des Landtagsabgeordneten Wagner über die Schlageter-Feier in Schönau i. B.

In einer öffentlichen Versammlung im Kühlen Krug in Karlsruhe hat kürzlich Landtagsabgeordneter Wagner die Behauptung aufgestellt, bei der am 16. Mai stattgefundenen Schlageter-Feier in Schönau i. B. seien der Gedächtnisredner, Pfarrer Altenstein und der nationalsozialistische Bezirksleiter Klant aus Jahnau auf dem dortigen Friedhof verhaftet worden. Man habe nicht einmal vor der Pietät eines Friedhofes Halt gemacht.

Hierzu teilt die Pressestelle des Staatsministeriums mit: Die Behauptung des Landtagsabgeordneten Wagner ist völlig un wahr. Weder der Pfarrer Altenstein, noch der Bezirksführer Klant sind verhaftet worden. Die Rede des Pfarrers Altenstein wurde überhaupt nicht auf dem Friedhof gehalten, sondern auf dem sog. Denkmalsplatz; schon deswegen kann von einer Verhaftung auf dem Friedhof nicht die Rede sein.

Der Bezirksführer Klant wurde nach der Rede des Pfarrers Altenstein lediglich polizeilich vernommen, aber nicht verhaftet. Diese Einvernahme geschah deshalb, weil Pfarrer Altensteins Ausführungen in hohem Grade politischer Natur waren. Es war aber vom Bezirksamt unterjagt worden, eine politische Rede zu halten. Auf dem Friedhof in Schönau dürfen Reden überhaupt nicht gehalten werden; mithin fanden auch keine Verhaftungen statt. Die Behauptungen des Landtagsabgeordneten Wagner sind also in allen Teilen unwahr.

Grund- und Gewerbesteuer für die Rechnungsjahre 1932 und 1933

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Unter Zugrundelegung der durch das Staatshaushaltsgesetz vom 15. Juni 1932 beschlossenen Hundertteile von den Steuergrundbeträgen werden als Grund- und Gewerbesteuer für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 von je 100 RM Steuerwert und Gewerbebeitrag dieselben Steuerätze erhoben wie für das Rechnungsjahr 1931, das sind für das Grundvermögen bei einem Gesamtsteuerwert

von 10 000 RM und weniger	20 Rpf
von mehr als 10 000 RM, aber nicht mehr als 20 000 RM	38 Rpf
von mehr als 20 000 RM	56 Rpf

für das Betriebsvermögen bei einem Gesamtsteuerwert

von 10 000 RM und weniger	20 Rpf
von mehr als 10 000 RM, aber nicht mehr als 20 000 RM	30 Rpf
von mehr als 20 000 RM	38 Rpf

für den Gewerbebeitrag

von den ersten angefangenen oder vollen 4000 RM	1,38 RM
von den nächsten angefangenen oder vollen 7000 RM	2,76 RM
von den nächsten angefangenen oder vollen 10 000 RM	8,70 RM
von dem Mehrbetrag	8,24 RM

Der evangelische Kirchenpräsident beim Erzbischof

Kirchenpräsident D. Wurth erwiderte am 16. Juni den Besuch, den ihm der Herr Erzbischof Dr. Gruber anlässlich seines Amtsantrittes gemacht hatte. Der Besuch vollzog sich in den freundschaftlichsten und verbindlichsten Formen.

Peronospora und Seewurmfraß

Das Badische Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: Die Peronospora zeigte sich Anfangs Juni nicht wie erwartet an zahlreichen Stellen, sondern sie wurde bisher aus Baden nur von Sulzfeld (28. Mai), von Ortenberg (2. Juni), sowie von Gengenbach (9. und 10. Juni) gemeldet. Die frühen Nächte Anfang Juni mit nur 10 Grad Celsius, teilweise sogar nur 4 Grad, haben den Ausbruch gerade in der Zeit, in welcher er erfolgen konnte, verhindert. Seit 7. Juni herrscht trockenes, anfangs kühles und dann warmes Wetter, das einen Peronosporausbruch ebenfalls nicht aufkommen läßt. Eine Gefahr für weitere Ausbreitung dieser Krankheit besteht deshalb zunächst nicht. Dagegen werden nach dem stellenweise sehr starken Mottenschlag zu schließen, die Gescheine der Reben unter Seewurmfraß stark zu leiden haben, wenn man sie nicht rechtzeitig schneidet.

Es empfiehlt sich deshalb, überall dort, wo Seewurmmotten geflogen sind, noch vor der Blüte die Gescheine mit einer arfenhaltigen Brühe gründlich unter genügendem Druck zu bespritzen. Da bei Eintritt von Regenfällen auch die Peronospora sich weiter ausbreiten kann, verwendet man am besten auch diesmal eine arfenhaltige Kupferbrühe, wie 1prozentige Kupferfalkbrühe mit Zusatz von 150 Gramm eines Grünpräparates oder 500 Gramm eines Kalkarfenates oder 1,5prozentige Kupferbrühe oder Fungusan-Kalkbrühe oder schließlich eine 1,5 prozentige Brühe des Fertiigpräparates Rosprafit.

Aus den Parteien

Am 2. und 3. Juli findet in Forstheim eine Landestagung der badischen Jungdemokraten statt, auf welcher Reichstagsabgeordneter Lemmer sprechen wird. In einer Versammlung der Ortsgruppe Forstheim der Deutschen Staatspartei wurde dem Beschluß der Landestagung, bei der kommenden Reichstagswahl Verbindungen mit anderen Mittelparteien nicht einzugehen, zugestimmt.

Aus der badischen Landwirtschaft

Erfolge der badischen Tabakpflanzerei. Auf der vom 31. Mai bis 5. Juni zu Mannheim stattgefundenen Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurden in diesem Jahre neben Tieren, Maschinen und Geräten auch 1300 Tabakproben aus sämtlichen deutschen Anbaugebieten zur Schau gebracht. An dieser sehr gut besuchten Veranstaltung beteiligte sich die Badische Landwirtschaftskammer mit einer Sammelausstellung von 531 Mustern, wovon 201 aus dem südbadischen und 330 aus dem nordbadischen Anbaugebiet stammten. Von den Proben erhielten bei der mit der Ausstellung verbundenen Prämierung: I. Preise 99 Mustern, II. Preise 239 Mustern und III. Preise 119 Mustern. Ferner erhielten 80 Mustern Anerkennungen. Außerdem wurden an 63 Aussteller Sieger-, Ehren- und Zuschlagspreise vergeben.

Tagungen

Tagung des Badischen Verkehrsverbandes. Vom 24. bis 26. Juni hält der Badische Verkehrsverband seine 26. ordentliche Hauptversammlung in Oberbach a. N. ab. Die Tagung wird sich neben Neuwahlen zum Vorstand und Landesausflug vornehmlich mit Maßnahmen für die Belebung des deutschen Reiseverkehrs beschäftigen.

Verband Badischer Kreditgenossenschaften e. V. Der zweite Verbandstag des im Jahre 1930 aus der Verschmelzung des Verbandes der unterbadischen Kreditgenossenschaften und des Verbandes der oberbadischen Kreditgenossenschaften entstandenen Verbandes der Badischen Kreditgenossenschaften e. V. wurde in Konstanz abgehalten. Es ergab sich aus dem Bericht, daß die Grundlage der Kreditgenossenschaften durchaus gesund ist. Revisionen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 67 Genossenschaften durchgeführt. Darunter befanden sich 52 mit beschränkter Haftpflicht und 15 mit unbeschränkter Haftpflicht. Der Revisionsbericht löste eine lebhafte Aussprache aus. Dabei machte der Verbandsdirektor Rothaus, Berlin, Ausführungen über die Aufgabe der leitenden Persönlichkeiten in den Kreditgenossenschaften. Die Regularien, einschließlich des Voranschlags für 1933 wurden einstimmig genehmigt. Das Amt des Verbandsdirektors, das in Zukunft auf die Dauer von drei Jahren vergeben werden soll, wurde Direktor Gustav Günther weiter übertragen. Die Wahlen zum Verbandsausflug ergaben keine Veränderungen. Notar Dr. Ritter, Gengenbach, hielt einen Vortrag über praktische Fragen des Hypothekendarlehens.

Gemeindeeumbau

Mannheim erhält 3 Millionen. Wie Staatssekretär Jarden vom Reichsfinanzministerium in einem Rundfunkvortrag mitteilte, wird Mannheim aus den Mitteln, die das Reich zur Stützung der durch die Erwerbslosenlast besonders notleidenden Gemeinden ausgeworfen hat, 3 Millionen Reichsmark erhalten.

Aus dem Rastatter Stadtrat. In der letzten Stadtratssitzung wurde das Projekt der Trodenlegung eines Teiles der Waldenau-Wiesen, das der Bürgerausschuß abgelehnt hatte, erneut beraten. Während die Ausführung dieses Vorhabens zuerst im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes erfolgen sollte, sollen nunmehr nur Arbeitslosenfürsorgeempfänger und Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt und die trodenzulegende Fläche von ursprünglich circa 7 Hektar auf ein Areal von 10,7 Hektar erweitert werden, wodurch 100 Arbeiter etwa sieben Monate beschäftigt werden könnten. Der vorgeschlagene Lohnsatz von 40 Rpf pro Stunde wurde von einem Teil des Stadtrates als zu niedrig bezeichnet und infolgedessen fand der vom Vorsitzenden gestellte Antrag bei der vorgenommenen Abstimmung keine Mehrheit. Der Vorsitzende wird deshalb diesen Antrag der Gemeindeordnung gemäß dem Bürgerausschuß zur Entscheidung unterbreiten.

Fremdenbesuch in der Wädertadt. Baden-Baden zählte bis zum 2. Juni insgesamt 21 341 Kurzgäste, darunter 3009 Ausländer. Im Monat Mai wurden insgesamt 10 887 Besucher gezählt, unter ihnen 1550 Ausländer. Den größten Anteil am Auslandsbesuch hatte die Schweiz mit 365, es folgen die Vereinigten Staaten mit 217, die Niederlande mit 207, Frankreich mit 205 und Großbritannien mit 188 Besuchern.

Aus der Landeshauptstadt

Saisonabschlussverkäufe. Nach den neuen Ausverkaufbestimmungen wird der Beginn der Saisonabschlussverkäufe innerhalb des hierfür vorgesehenen Rahmens vom 16. Juli bis 15. August entsprechend dem Vorschlag der Handelstammern von den Bezirksamtern festgesetzt. Wie uns die Handelstammer Karlsruhe mitteilt, schweben zur Zeit zwecks Herbeiführung eines für ganz Baden einheitlichen Beginns des diesjährigen Saisonabschlussverkaufs noch Verhandlungen. Die Dauer ist auf 15 Tage beschränkt. Die Handelstammer macht jetzt schon besonders darauf aufmerksam, daß die bisherige Bezeichnung dieser Verkäufe als „Saisonabschlussverkäufe“ nicht mehr statthaft ist. Sie müssen nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März 1932 als „Saisonabschlussverkäufe“ bezeichnet werden.

Zuwoherhandlungen gegen das Uniformverbot. Die Polizei mußte gestern zweimal wegen Zuwoherhandlung von Nationalsozialisten gegen das Uniformverbot einschreiten.

Badisches Landestheater. Die am Dienstag, dem 21. Juni, stattfindende letzte Schauspieleraufführung bringt drei einaktige Stücke Arthur Schnitzlers: das Puppenpiel „Der tapfere Cassian“ (aus den „Marionetten“), „Große Szene“ (aus den „Komödien der Worte“) und die Grotteske „Der grüne Kalaba“, vielleicht Schnitzlers stärkstes, patendestes und wahrscheinlich auch dauerhaftestes Werk. Es steht ohne Frage einer der interessantesten Spielabende des ablaufenden Theaterjahres bevor. Die erste Wiederholung erfolgt bereits am Freitag, dem 24. Juni. — Am Mittwoch, dem 22. Juni, wird „Das Dreimäderlhaus“, am Donnerstag, dem 23. Juni, „Hoffmanns Erzählungen“, am Samstag, dem 25., zum letztenmal — und zwar zu billigen Preisen! — das Singpiel „Im weißen Rössl“ (mit Elisabeth Bertram als „Josoph“) und am Sonntag, dem 26. Juni, Gounods Oper „Margarite“ in der letzten erfolgreichen Neueinstudierung wiederholt. Als letzte Neueinstudierung der Spielzeit ist für Donnerstag, dem 30. Juni, die Spieloper „Die Regimentstochter“ von Donizetti in Vorbereitung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Konflikt zwischen Senat und Studentenschaft in Freiburg. W.F. Freiburg i. Br., 18. Juni. (Tel.) Die Freiburger Studentenschaft hat in ihrer Gesamtheit den Beschluß gefaßt, infolge der bestehenden Spannungen zwischen Senat der Universität und der Studentenschaft grundsätzlich jeder gemeinsamen Veranstaltung künftighin fernzubleiben. Die Ursache des Konflikts beruht darin, daß der Senat dem Wunsch der Studentenschaft, um Umarbeitung einer Verordnung vom 12. Febr. 1932 nicht nachgekommen ist, wonach der Studentenschaft ihre politische Meinungsfreiheit und deren Äußerung nach ihrer Ansicht rechtswidrig beschnitten worden sei.

DJ. Mannheim, 18. Juni. Im Anschluß an eine kommunalistische Erwerbslosenversammlung zogen etwa 150 Teilnehmer vor die „Arbeiterzeitung“ und dann in geschlossenem Zuge unter Abführung von Riebern durch die Breitenstraße nach der Redarbrücke, wo der Zug von der Polizei aufgelöst wurde. Gegen 9 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt.

bl. St. Georgen, 17. Juni. Nach langer Zeit wird St. Georgen wieder militärische Einquartierung erhalten. Zur Zeit finden im Schwäbischwald militärische Geländebungen statt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Ausschnitt)

	18. Juni		17. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.13	170.47	170.23	170.57
Kopenhagen 100 Kr.	83.37	83.53	83.82	83.98
Italien 100 L.	21.50	21.54	21.50	21.54
London 1 Pf.	15.26	15.30	15.345	15.385
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.54	16.58	16.53	16.57
Schweiz 100 Fr.	81.97	82.13	81.97	82.13
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Wiederaufnahme des Austauschwertes für Weizen und Roggen steht bevor, um eine angemessene Verwertung der neuen Ernte zu ermöglichen.

Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie, Friedrichsfeld in Baden. In der Aufsichtsratsitzung wurde die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Der durch Sonderabschreibungen auf Warenvorräte und Effektenbestand entstandene Buchverlust von circa 240 000 RM. ist durch Auflösung von Reserven ausgeglichen. Eine Dividende kommt nicht zur Ausschüttung. Die Flüssigkeit der Gesellschaft ist gleich gut wie zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Generalversammlung findet am Donnerstag, den 21. Juli 1932, mittags 12 Uhr, in Friedrichsfeld statt. Die Abrechnung ist in den abgelaufenen 5 Monaten des neuen Geschäftsjahres durch die katastrophale Lage des Baumarktes weiter zurückgegangen.

Wiener Dementis gegen Devaluation des Schillings. Die amtliche österreichische Nachrichtenstelle ist zu der Mitteilung ermächtigt, daß die in einem Berliner Blatt enthaltene Londoner Meldung über eine beabsichtigte Devaluation des Schillings vollkommen falsch ist und jeder Grundlage entbehrt.

Hafenausbau in Basel. Der schweizerische Nationalrat stimmte dem Antrag des Bundesrats und der Kommission zu, der Stadt Basel für den weiteren Ausbau des rechtsufrigen Rheinhafens bei Basel-Kleinmünchen einen Bundesbeitrag von 40 Proz. der Kosten zu gewähren. Der Höchstbetrag der neuen Rheinhafenzuwendung beläuft sich auf 366 800 Franken, der in drei Jahresraten ausgeschüttet wird. Insgesamt hat der Bund bis jetzt für den Basler Rheinhafen 7,9 Millionen Franken Zuwendungen gewährt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die dem Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt a. M. (Frankfurter Goethe-Museum) unterm 7. August 1929

Nr. 73 595 — Staatsanzeiger Nr. 184 vom 10. August 1929 — erteilte Genehmigung zu einer Sammlung zugunsten des Goethe-Museums in Frankfurt wird unter den gleichen Bedingungen bis zum 31. Dezember 1932 verlängert.

Karlsruhe, den 11. Juni 1932.
Der Minister des Innern.
J. A. Dr. Theobald.

Dem Bayer. Landesverein vom Roten Kreuz in München wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 8. Juni 1932.
Der Minister des Innern.

Losbrief-Vertrieb.
Dem Bayerischen Landesverband hindeckter Krieger in München wurde die Erlaubnis zum Losbrief-Vertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 8. Juni 1932.
Der Minister des Innern.

Bekanntmachung.
Kranklicher Ehrengerichtshof.
Gemäß § 24 Absatz 2 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 491) hat die Bad. Ärztekammer für die Dauer der vierjährigen Wahlperiode 1932 bis 1935 als ärztliche Mitglieder des ärztlichen Ehrengerichtshofs gewählt:

a) als Mitglieder:
Dr. Barfkow, Heidelberg, Dr. Kerner, Forstheim, Dr. Roth, Karlsruhe, Dr. Schuh, Mannheim, Dr. Stahl, Karlsruhe;

b) als Stellvertreter:
Dr. Geismar, Mannheim, Dr. Gerber, Bretten, Dr. Geraucourt, Ettlingen, Dr. Jungblut, Söllingen, Dr. Vert, Karlsruhe, Dr. Schwant, Karlsruhe.
Karlsruhe, den 15. Juni 1932.
Der Minister des Innern.
J. A. Ursperger.

Bekanntmachung
In der Sitzung des Schiedsamts am Donnerstag, den 30. Juni 1932, wird noch (vgl. Bekanntmachung vom 15. Juni 1932, Staatsanzeiger Nr. 137 vom 15. Juni 1932) über folgende Zulassungen beschlossen werden:

1. Dr. med. W. Schulz für den Verteilungsbezirk Donaueschingen (mit Wohnsitz in Donaueschingen),
 2. Dr. med. Philipp Kraft für den Verteilungsbezirk Heidelberg (mit Wohnsitz in Eberbach),
 3. Facharzt Dr. Wilhelm Hochgeschurz für den Verteilungsbezirk Weinheim (mit Wohnsitz in Weinheim).
- Für die Einreichung schriftlicher Aufzeichnungen von Beteiligten wird Frist von einer Woche gesetzt. Nach Fristablauf eingehende Aufzeichnungen brauchen bei der Beschlussfassung nicht berücksichtigt zu werden.
Karlsruhe, den 18. Juni 1932.
Schiedsamt für Ärzte und Krankenkassen.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 21. bis 30. Juni.

Im Landestheater:

Dienstag, 21. Juni. * E 30. Th.-Gem. 3. S.-G. 1. Hälfte und 801-900. Zum erstenmal: Der tapfere Cassian. — Hierauf: Zum erstenmal: Große Szene. — Hierauf: Zum erstenmal: Der grüne Kalabu. Von Arthur Schnitzler. 20-22.45. (3,50.)

Mittwoch, 22. Juni. Außer Miete. Das Dreimäderlhaus. Singpiel von Schubert-Berté. 20-22.45. (4,20.)
Donnerstag, 23. Juni. * B 29. Th.-Gem. 1101-1200 und 1501-1650. Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20-22.30. (5,70.)

Freitag, 24. Juni. * C 30. Th.-Gem. 1401-1500. Der tapfere Cassian. — Hierauf: Große Szene. — Hierauf: Der grüne Kalabu. Von Arthur Schnitzler. 20-22.45. (3,50.)

Samstag, 25. Juni. Zum letztenmal: Bei ermäßigten Preisen: Im weißen Röhl. Singpiel von Benatzky. 20-23. (3,—)

Sonntag, 26. Juni. Zu ermäßigten Preisen: Margarete. Große Oper von Gounod. 19-22.15. (3,50.)
Montag, 27. Juni. Vor Sonnenuntergang. Von Gerhart Hauptmann. 20 bis nach 22.30. (3,50.)

Dienstag, 28. Juni. * B 30. Th.-Gem. 1301-1400. Schneider Wibbel. Komödie von Müller-Schlöffer. 20 bis 22.30. (3,50.)

Mittwoch, 29. Juni. Außer Miete. Das Dreimäderlhaus. Singpiel von Schubert-Berté. 20-22.45. (4,20.)
Donnerstag, 30. Juni. * G 30. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Neu einstudiert: Die Regimentstochter. Komische Oper von Donizetti. 20-22. (4,90.)

Ende der Spielzeit.

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus ab 2. Juli 1932.

Geschäftliches

Jedem sein gutes Recht auf eine gute Zigarette! Das ist der ganze Sinn von Bergmann — „Klasse“ — 4 Pfennig-Klasse: die Güte! Klasse: der Preis! Klasse: die Jubiläumsgaben von 10 Jahre Haus Bergmann! Die blumig filigranen und farbenharmonisch abgestimmten Stickeremotive sind Sinnbilder für die Frischblumigkeit der mazedonisch-türkischen 4-Pfennig-Zigarette Bergmann — „Klasse“. Die meisterlichen Bilder aus der Sport-, Film-, Trachten- und Märchenwelt sind der Vorbildlichkeit der Bergmann — „Klasse“-Zigarette würdig. Nur diese kurze Erklärung des Zigarettennamens Bergmann — „Klasse“ sollte hier gegeben sein. Dem Raucher und der Raucherin sei es überlassen, den eigenen klassischen Geschmack, den eigenen kultivierten Sinn an Bergmann — „Klasse“ selbst zu erproben! Kultiviert genießen heißt wahrhaft klassisch leben. Die Wohlfeilheit und die Reinheit der 4-Pfennig-Zigarette Bergmann — „Klasse“ ermöglichen es allen.



BRIKETTS

Sonder-Ausstellung

Schlafzimmer

die neuesten Formen in allen Holzarten
Alle Preislagen! Qualitäts-Möbel

Holz-Gutmann

KARLSTRASSE 30
Durchgehend geöffnet! L.925
Unverbindliche Besichtigung für Jeden von Vorteil!



Badisches Landestheater
Sonntag, den 19. Juni 1932
*C29. Th.-Gem. 1201-1300

Rienzi

Der letzte der Tribunen
Große Oper v. Rich. Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Wanz, Fanz, Winter,
Gospach, Kiefer, Löfer,
Schoepflin, Schüller, Straß
Anfang 18 1/2. Ende nach 22
Freije E (1-6,30 RM)

Bekanntmachung

Die Rechnerstelle (Spitalverwalterstelle) beim Spitalfonds Pfüllendorf ist auf 1. August 1932 neu zu besetzen. Die Stelle ist in Besoldungsgruppe 4b eingereiht. Bewerber, die die Befähigung zum gehobenen mittleren Verwaltungsdienst nachweisen können, wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen bis Ende Juni d. J. beim Gemeinderat Pfüllendorf einreichen.

Pfüllendorf, den 16. Juni 1932. L.924
Der Gemeinderat.

Gehwegplatten

Karlsruher Stadtplatten liefert
Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik
G. m. b. H.
Karlsruhe-Hafen

Volksschauspiel Oetigheim

bei Baden-Baden

Jeden Sonntag 700 Mitwirkende
12. Juni bis 2. Oktober L.906

WILHELM TELL

Anfang 2 Uhr Eintritt von RM. 1,— an
Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Buchhandlung, Musikhaus Müller, Germaniakiosk, Verkehrsverein, Kaiserstr.

Bezirkssparkasse Donaueschingen

Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	RM	Passiva	RM
1. Kassenbestand, Sorten u. Rinscheine	14 354,58	1. Spareinlagen aus Neugeschäft . . .	5 509 233,76
2. Guthab. b. Reichsbank u. Postsparkassamt	6 010,71	2. Spareinlagen aus Aufwertung . . .	1 865 013,68
3. Guthaben bei Landesbank — Girozentrale — und sonstigen Banken	454 812,72	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen . . .	699 290,52
4. Einlag. b. SpargironverbandMannheim	131 500,—	4. Guthaben von Banken in laufender Rechnung	6 782,75
5. Wechsel	249 032,58	5. Durchlaufende Kredite	49 234,71
6. Eigene Wertpapiere aus Neuanlage . . .	93 931,36		
7. Kredite in laufender Rechnung . . .	411 018,86	a) gefehl. Reservefonds 247 285,94	
8. Feste Darlehen aus Neuanlage:		b) Sonderrücklagen	335 285,94
a) auf Hypothek	3 990 175,15	7. Reingewinn vom Jahre 1931	32 714,06
b) Rauffschillinge	350 221,59		
c) gegen Bürgschaft	140 093,03		
d) an Gemeinden usw.	841 159,—		
e) gegen Faustpfand	31 034,50		
9. Durchlaufende Kredite	40 234,71		
10. Aufwertungsfordernngen:			
Darlehen:			
a) auf Hypothek (Annuitäten)	518 422,37		
b) auf Hypothek	120 621,42		
c) Rauffschillinge	42 301,45		
d) an Gemeinden	5 801,—		
e) gegen Bürgschaft	275,—		
f) sonstige Darlehen	9 677,85		
	697 099,09		
Wertpapiere a. Aufwtg.	741 582,60		
11. Fehlbetrag zur Aufwertung	123 785,16		
12. Rinsensrückstände aus Neugeschäft . .	148 032,40		
13. Rinsensrückstände aus Aufwertung . .	24 525,38		
14. Verwaltungsgebäude	1,—		
15. Einrichtung	1,—		
	8 497 605,42		
			8 497 605,42

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage soll betragen:
5% aus 8 073 587,96 RM = 403 679,40 RM
Sie beträgt Ende 1931 280 000,— RM
Es fehlen somit 123 679,40 RM

Donaueschingen, den 13. Mai 1932.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Gg. Wall

Der Geschäftsleiter:
Dr. Bender.

Druck G. Braun, Karlsruhe

PORPHYRWERK DOSENHEIM

MANU FÄTTER
DOSENHEIM * HERFERT

STRASSENBAU-MATERIAL